ECONSTOR
*Make Your Publications Visible.*

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Günther, Aaron; Pflug, Christiane; Potrafke, Niklas; Schmid, Ramona

**Article**

# Bundestagswahl 2025: Ökonomen sehen positive Impulse und hohen Reformbedarf

ifo Schnelldienst

**Provided in Cooperation with:**
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Günther, Aaron; Pflug, Christiane; Potrafke, Niklas; Schmid, Ramona (2025) : Bundestagswahl 2025: Ökonomen sehen positive Impulse und hohen Reformbedarf, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 78, Iss. 04, pp. 36-39

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/320207

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

*Aaron Günther*, *Christiane Pflug*, *Niklas Potrafke* und *Ramona Schmid*

# Bundestagswahl 2025: Ökonomen sehen positive Impulse und hohen Reformbedarf


## IN KÜRZE

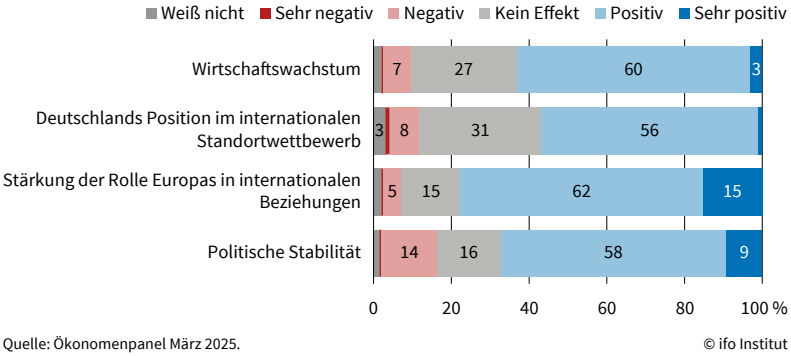
**Das aktuelle Ökonomenpanel befragt VWL-Professorinnen und VWL-Professoren in Deutschland zu ihren Einschätzungen hinsichtlich der Auswirkungen und Anforderungen einer neuen schwarz-roten Bundesregierung. Im Bereich der Sicherheitspolitik zeigt sich eine breite Zustimmung zur Schuldenaufnahme, um den steigenden Finanzbedarf zu decken. Als drängendste Handlungsfelder für die neue Bundesregierung nennen die Ökonominnen und Ökonomen vor allem den Bürokratieabbau, Reformen in der Rentenpolitik sowie Maßnahmen in der Energie- und Klimapolitik. Insgesamt zeigen die Teilnehmenden eine zuversichtliche Haltung gegenüber der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands unter einer möglichen schwarz-roten Koalition.**


Nach dem Bruch der Ampel-Koalition im November 2024 wurde am 23. Februar 2025 vorzeitig ein neuer Bundestag gewählt. Die Union ging mit 28,5 % der Stimmen als stärkste Kraft hervor und führt derzeit mit der SPD (16,4 %) Koalitionsgespräche über eine mögliche schwarz-rote Koalition. Die kommende Bundesregierung steht vor großen Herausforderungen: Veränderungen in der geopolitischen Sicherheitslage, Spannungen in den transatlantischen Beziehungen und eine anhaltende Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund widmet sich das 50. Ökonomenpanel von ifo und *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) den wirtschaftlichen Auswirkungen der wahrscheinlich neuen Regierungskoalition und identifiziert Reformen, die vorrangig angegangen werden sollten. An der Umfrage im Zeitraum vom 25. Februar bis zum 4. März 2025 nahmen 205 Ökonominnen und Ökonomen teil.

Abb. 1

**Auswirkung einer möglichen schwarz-roten Koalition**

Wie bewerten Sie die Auswirkungen einer wahrscheinlichen schwarz-roten Koalition auf folgende Bereiche?




Quelle: Ökonomenpanel März 2025.

© ifo Institut

## POSITIVE ERWARTUNGEN AN EINE MÖGLICHE SCHWARZ-ROTE KOALITION

Nach drei Jahren unter der Ampelregierung, die von wirtschaftlichem Stillstand, nachlassender Wettbewerbsfähigkeit sowie zunehmender politischer Unsicherheit geprägt waren, sehen die teilnehmenden VWL-Professorinnen und VWL-Professoren der Zukunft nun optimistischer entgegen. Die Mehrheit erwartet unter einer möglichen schwarz-roten Koalition positive Auswirkungen für Deutschland.

58 % gehen davon aus, dass sich eine schwarz-rote Koalition positiv auf die politische Stabilität auswirken wird (vgl. Abb. 1). 9 % erwarten sogar sehr positive Auswirkungen, während 16 % keinen Effekt und 14 % bzw. 1 % einen negativen bzw. sehr negativen Effekt auf die politische Stabilität erwarten. 2 % antworten mit »Weiß nicht«.

Die Auswirkungen auf die Stärkung der Rolle Europas in internationalen Beziehungen werden ebenfalls mehrheitlich positiv bewertet: Entsprechend erwarten 62 % der Teilnehmenden positive und weitere 15 % sehr positive Auswirkungen. Lediglich 6 % schätzen die Auswirkung als negativ bzw. sehr negativ ein, während 15 % keinen Effekt erwarten. 2 % der Teilnehmenden antworten mit »Weiß nicht«.

Ein ähnliches Stimmungsbild zeigt sich in Bezug auf Deutschlands Position im internationalen Standortwettbewerb: 57 % der Ökonominnen und Ökonomen erwarten positive bzw. sehr positive Auswirkungen einer schwarz-roten Koalition. Gleichzeitig erwarten 31 %, dass eine neue Bundesregierung keine Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit hat. 9 % der Teilnehmenden sehen negative bzw. sehr negative Auswirkungen. 3 % beantworten diese Frage mit »Weiß nicht«.

Hinsichtlich des Wirtschaftswachstums fallen die Einschätzungen ebenfalls positiv aus: Die Mehrheit der Teilnehmenden (63 %) ordnet die Auswirkungen einer schwarz-roten Koalition auf das Wirtschaftswachstum als positiv bzw. sehr positiv ein. Lediglich 7 % bzw. 1 %

erwarten negative bis sehr negative Auswirkungen auf das Wachstum und 27 % gehen von keinem Effekt aus. 2 % antworten mit »Weiß nicht«.

Damit zeigen sich insgesamt optimistischere Aussichten auf die Wirtschaftspolitik einer möglichen schwarz-roten Koalition im Vergleich zur Ampelregierung. Dieser wurde im Ökonomenpanel vom September 2023 ein eher negatives Zwischenzeugnis ihrer Wirtschaftspolitik ausgestellt (Gründler et al. 2023). Eine Rückkehr zu einer Koalition aus Union und SPD, einst als Große Koalition bekannt, würde voraussichtlich keinen bedeutenden wirtschaftspolitischen Kurswechsel mit sich bringen – wie eine Analyse früherer Bündnisse auf Bundesebene zeigt (Kauder et al. 2014).

## ZUSTIMMUNG FÜR FINANZIERUNGSMODELLE MIT ZUSÄTZLICHEN SCHULDEN FÜR DIE SICHERHEITSPOLITIK

Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik steht derzeit im Zentrum des öffentlichen Diskurses, insbesondere im Hinblick auf die angespannten transatlantischen Beziehungen. Um Mehrbedarfe in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik finanzieren zu können, werden verschiedene Modelle in der Öffentlichkeit diskutiert. Das Urteil der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen fällt gemischt aus.

Eine der diskutierten Möglichkeiten besteht darin, Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse auszunehmen. Dieser Vorschlag wurde nach unserer Umfrage in Form einer Grundgesetzänderung[1] bereits umgesetzt: Alle Verteidigungsausgaben oberhalb von 1 % des Bruttoinlandsprodukts werden nicht mehr auf die Schuldenbremse angerechnet. Den allgemeinen Vorschlag einer Ausnahme für Militärinvestitionen von der Schuldenbremse, der noch vor der Veröffentlichung des ersten Sondierungspapiers[2] bewertet wurde, sehen 30 % der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen als sehr geeignet und weitere 38 % als geeignet zur Finanzierung von Mehrbedarfen an (vgl. Abb. 2). Eine Minderheit von 13 % bzw. 9 % bewertet diese Möglichkeit als ungeeignet bzw. sehr ungeeignet. Insgesamt sehen 9 % der Teilnehmenden die Eignung als neutral an und 1 % antworten mit »Weiß nicht«.

Ähnlich eindeutig fällt die Einschätzung des Vorschlags aus, die Mehrbedarfe in der Sicherheitspolitik durch die Einrichtung eines neuen »Sondervermögens Bundeswehr« zu finanzieren. Insgesamt 71 % der Teilnehmenden halten diese Finanzierungsoption für geeignet (41 %) oder sehr geeignet (30 %). Nur 10 % bewerten den Vorschlag als ungeeignet, weitere 7 % als sehr ungeeignet, während 9 % neutral bleiben. 3 % antworten mit »Weiß nicht«.

[1] Der Bundestag stimmte der Änderung des Grundgesetzes am 18. März 2025 zu, die Zustimmung im Bundesrat erfolgte am 21. März 2025.
[2] Das erste Sondierungspapier zum geplanten Finanzpaket wurde am 4. März 2025 vorgestellt.

Als weitere Option neben der Schuldenfinanzierung von zusätzlichen Sicherheitsausgaben wurde die Eignung einer möglichen Erhöhung der Umsatzsteuer abgefragt, wo die Meinungen weiter auseinander gehen. Während 23 % der VWL-Professorinnen und VWL-Professoren diesen Vorschlag als sehr ungeeignet und 31 % als ungeeignet bewerten, halten ihn 17 % für geeignet und 8 % als sehr geeignet. Eine neutrale Haltung haben 21 % der Teilnehmenden.

Die Möglichkeit, Einsparungen in anderen Bereichen vorzunehmen, um die Finanzierung des Verteidigungsetats zu ermöglichen, findet breite Zustimmung: 36 % der Teilnehmenden halten diesen Vorschlag für geeignet, 29 % bewerten ihn sogar als sehr geeignet. Demgegenüber lehnen insgesamt 26 % den Vorschlag ab und bewerten ihn als ungeeignet bzw. sehr ungeeignet. 9 % der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen nehmen eine neutrale Haltung ein.

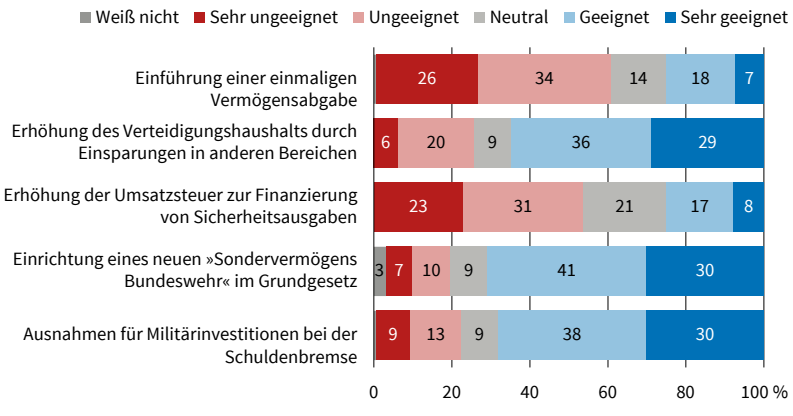
Die Meinung zur Einführung einer einmaligen Vermögensabgabe zur Finanzierung des Verteidigungshaushalts ist überwiegend negativ: 26 % der Teilnehmenden geben an, dass sie diesen Vorschlag als sehr ungeeignet bewerten, 34 % als ungeeignet. Gleichzeitig bewerten 14 % der Teilnehmenden den Vorschlag als neutral, 18 % als geeignet und nur 7 % als sehr geeignet. 1 % antwortet mit »Weiß nicht«.

## EKLAT IM WEISSEN HAUS HAT NUR GERINGEN EFFEKT AUF ZUSTIMMUNG ZU SCHULDEN

In den Umfragezeitraum fiel der politische Eklat im Weißen Haus am 28. Februar 2025, als US-Präsident Trump mit seinem ukrainischen Amtskollegen Selenskyj auf offener Bühne stritt. Dieses Treffen machte der europäischen Politik noch einmal deutlich, dass die neue amerikanische Regierung weniger verlässlich als ihre Vorgängerregierung ist und nur in einem geringeren Maße bereit ist, die Ukraine zu unterstützen. Politische Großereignisse können die Erwartungen in Expertenbefragungen verändern, wie eine Studie

Abb. 2

**Finanzierungsfragen der Sicherheitspolitik**
Die Sicherheitspolitik dominiert gegenwärtig den öffentlichen Diskurs. Wie geeignet bewerten Sie die folgenden Finanzierungsvorschläge für Mehrbedarfe in der Sicherheitspolitik? (Unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen im Bundestag)

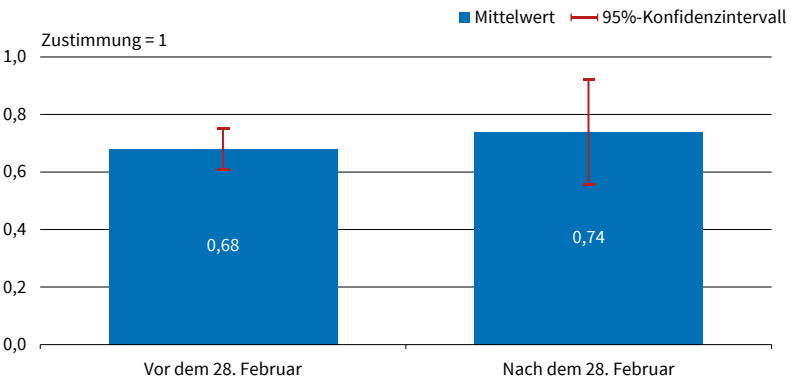



Quelle: Ökonomenpanel März 2025.

© ifo Institut

Abb. 3

**Ausnahmen von Militärinvestitionen bei der Schuldenbremse**




Quelle: Ökonomenpanel März 2025. © ifo Institut

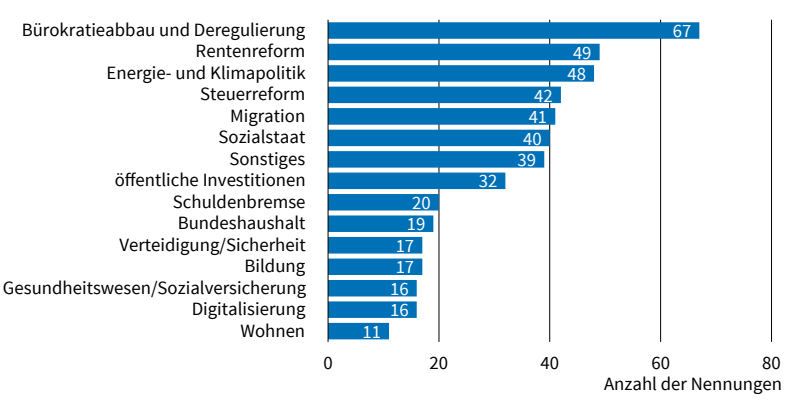
zum Überfall Russlands auf die Ukraine und Inflationserwartungen von Ökonominnen und Ökonomen in Deutschland zeigt (Dräger et al. 2025). Daher stellen wir die Frage: Hatte der Eklat im Weißen Haus, der auch als Argumentation für den vollzogenen Kurswechsel in der Fiskalpolitik der CDU dient, Auswirkungen auf die Meinung der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen zur Schuldenfinanzierung von Sicherheitspolitik?

Dazu teilen wir die Teilnehmenden in zwei Gruppen, je nachdem ob sie vor dem 28. Februar 2025 um 20 Uhr die Umfrage ausgefüllt haben oder danach. Ungefähr 12 % der Teilnehmenden nahmen danach teil und verfügten damit über andere Informationen zu der Verlässlichkeit der amerikanischen Partner. Abbildung 3 zeigt die Bewertung der Ökonominnen und Ökonomen der ersten Frage, inwieweit die Ausgaben für Verteidigungspolitik von der Schuldenbremse ausgenommen werden sollen. Aus den Antworten wurde eine binäre Variable kodiert, die den Wert 1 annimmt für Antworten mit »Sehr geeignet« oder »Geeignet«. Zwar steigt der Wert der Zustimmung zur Schuldenaufnahme von 68 % von Teilnehmenden vor dem 28. Februar 2025 auf einen Wert von 74 % bei Teilnehmenden danach, jedoch ist der Unterschied statistisch nicht signifikant.

Abb. 4

**Dringende Reformbereiche**

Welche drei (weiteren) Reformen sollte eine neue Bundesregierung sofort angehen?




Quelle: Ökonomenpanel März 2025. © ifo Institut

Ähnliches zeigt sich auf bei der Frage zur Schaffung eines neuen Sondervermögens für die Bundeswehr. Hier sieht zwar ein höherer Anteil der nach dem 28. Februar 2025 Teilnehmenden den Vorschlag als sehr geeignet (35 zu 29 %) an, allerdings ist auch dieser Unterschied statistisch nicht signifikant und es gibt keine Differenz, wenn die Kategorien »Sehr geeignet« und »Geeignet« zusammengezählt werden.

## DRINGENDER REFORMBEDARF BEI BÜROKRATIE UND STEUERN

Im letzten Teil des Ökonomenpanels zur Bundestagswahl 2025 werden deutsche Ökonominnen und Ökonomen nach drei (weiteren) Reformen befragt, die eine neue Bundesregierung sofort angehen sollte. Am häufigsten wurden, mit 67 Nennungen, Reformen im Bereich »Bürokratieabbau und Deregulierung« vorgeschlagen (vgl. Abb. 4). Hierbei wurden häufig das allgemeine Schlagwort »Bürokratieabbau«, aber auch spezielle Reformvorschläge wie die Abschaffung des sogenannten »Lieferkettengesetzes« genannt. Dies deckt sich mit Ergebnissen aus dem 46. Ökonomenpanel, in dem der Bereich Bürokratie und Regulierung als große Schwäche des Wirtschaftsstandorts Deutschland bewertet wurde (Potrafke et al. 2024).

An zweiter Stelle folgen Reformvorschläge aus dem Bereich Rentenpolitik (49 Nennungen) sowie Energie- und Klimapolitik (48 Nennungen). In der Rentenpolitik wird vor allem eine Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert, aber auch eine Begrenzung der Bundeszuschüsse thematisiert. Dies bestätigt die Ergebnisse früherer Umfragen des Ökonomenpanels (Blum et al. 2018). Im Bereich der Energiepolitik wird eine stärkere Orientierung der Politik an dem $CO_2$-Preis und eine Reduzierung kleinteiliger Subventionen gefordert. Außerdem sprechen sich einige Teilnehmende für eine Reform der Finanzierung der Netzentgelte aus.

Weitere vorgeschlagene Reformen, die aus Sicht der Ökonominnen und Ökonomen dringend angegangen werden sollten, adressieren die Sozialpolitik. Hierbei stechen der Vorschlag zur Reform des Bürgergelds und der Vorschlag einer besseren Abstimmung verschiedener Sozialleistungen zur Erhöhung der Arbeitsanreize hervor. Auch im Bereich der Steuerpolitik werden Reformen gefordert, wie beispielsweise eine Senkung der Unternehmensteuersätze auf ein international wettbewerbsfähiges niedrigeres Niveau. Reformen in der Migrationspolitik haben ebenfalls eine höhere Priorität bei den teilnehmenden VWL-Professorinnen und VWL-Professoren. Hierbei wird einerseits auf eine Begrenzung der irregulären Migration und andererseits auf die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Zuwanderung von Fachkräften hingewiesen.

Reformideen in den Bereichen öffentliche Investitionen, Bildung, Digitalisierung, Gesundheitswesen, Wohnen und Bundeshaushalt werden weniger häufig

genannt. Unter der Kategorie »Sonstiges« sind seltener genannte Reformvorschläge wie eine Neuordnung der föderalen Beziehungen zwischen Bund- und Ländern oder eine Reform der öffentlichen Verwaltung zur Effizienzsteigerungen subsummiert.

## REFERENZEN

Blum, J., A. Dudel, M. Krause und N. Potrafke (2018), »Zur Zukunft des Rentensystems in Deutschland«, *ifo Schnelldienst* 71(22), 47–53.

Dräger, L., K. Gründler und N. Potrafke (2025), »Political Shocks and Inflation Expectations: Evidence from the 2022 Russian Invasion of Ukraine«, *Journal of International Economics* 153, 104029.

Gründler, K., A. Günther, N. Potrafke und M. Schlepper (2023), »Eine Halbzeitbilanz – so bewerten Ökonominnen und Ökonomen die Wirtschaftspolitik der Ampel-Koalition«, *ifo Schnelldienst* 76(10), 63–66.

Kauder, B., B. Larin und N. Potrafke (2014), »Was bringt uns die große Koalition?«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 15(1), 88–101.

Potrafke, N., M. Schlepper, R. Schmid und M. Schmidt (2024), »Perspektiven für den Wirtschaftsstandort Deutschland – Reformvorschläge von Ökonomen«, *ifo Schnelldienst* 77(5), 78–80.